

Kernenergie in der Schweiz – wie weiter?

Prüfen, und erst dann entscheiden

Corina Eichenberger*

Die Naturkatastrophe in Japan stellt die Schweizer Energiepolitik vor enorme Herausforderungen. Bevor wir über die Zukunft der Kernenergie in der Schweiz entscheiden, müssen wir Antworten auf einige sehr wichtige Fragen finden.

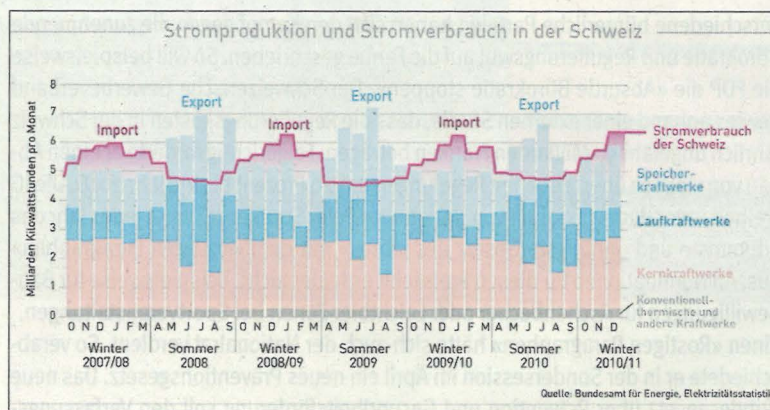
Die schwere Beschädigung der Kernkraftwerke bei Fukushima durch den Tsunami hat grosse Betroffenheit, aber auch Unsicherheit über die künftige Stromversorgung der Schweiz ausgelöst. Die Sistierung der Rahmenbewilligungsgesuche für neue Kernkraftwerke durch Bundesrätin Doris Leuthard ist nachvollziehbar. Sie schafft Raum, um die Ereignisse in Japan sorgfältig aufzuarbeiten und über die Handlungsspielräume nachzudenken.

Das ist dringend nötig. In den vergangenen Jahren haben Bundesrat und Parlament schrittweise eine Strompolitik aufgegleist, die auf folgenden Vorgaben beruht: Versorgungssicherheit, Schutz von Umwelt und Klima, Wettbewerbsvorteile für die Wirtschaft dank berechenbarer Strompreise. Ein zentrales Element dieser Politik war die Erneuerung unseres Kernkraftwerksparks, zusammen mit der Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien. Diese ausgewogene Kombination ermöglicht der Schweiz einen Strommix, der allen Anforderungen gerecht wird.

Wenn wir heute über Ausstiegsszenarien diskutieren, müssen wir diese Fakten im Auge behalten. Sie haben sich durch die Naturkatastrophe in Japan nicht verändert. Die Schweizer Kernkraftwerke liefern zuverlässig 40 Prozent unseres Stroms, und weitere gut 55 Prozent stammen aus unseren Wasserkraftwerken. Dieser für die Schweiz optimale Strommix ist sehr schwer durch etwas Gleichwertiges zu ersetzen. Die Kernenergie hat eben auch grosse Vorteile.

Konsequenzen des Ausstiegs offenlegen

Ein unüberlegter Ausstieg wirft die Frage nach dem wirtschaftlichen und



Im Winter, wenn die Kernkraftwerke unter Vollast laufen, muss die Schweiz trotzdem Strom importieren.

ökologischen Preis auf, den wir dafür zu bezahlen hätten. Angenommen, das Schweizer Volk hätte die Ausstiegsinitiative im Jahr 2003 angenommen – dann wäre heute einzig noch das Kernkraftwerk Leibstadt in Betrieb, und zwar nur noch bis 2014. Im Winter müssten wir heute rund einen Drittel unseres Strombedarfs aus anderen Quellen oder Importen decken. Nach der Abschaltung von Leibstadt wäre es fast die Hälfte. Gleichzeitig steigt der Stromkonsum trotz Effizienzmassnahmen weiter an, wie der jüngste Verbrauchsrekord im Jahr 2010 zeigt.

Im Winter, wenn die Kernkraftwerke unter Vollast laufen, muss die Schweiz trotzdem Strom importieren.

Wer von Ausstieg spricht, muss zwingend auch über die Alternativen sprechen. Woher und zu welchem Preis soll der fehlende Strom kommen? Steigt die Auslandsabhängigkeit? Was bedeuten massiv erhöhte Strompreise, vorab für das Gewerbe und die Industrie? Wie viel CO₂ stossen Gaskombikraftwerke aus, wenn wir mit ihnen schon nur 10 Prozent des heutigen Stromverbrauchs decken wollen? Was heisst das für die Klimapolitik, und woher kommt das Erdgas? Wie gleichen wir die grossen

Produktionsschwankungen bei Wind und Sonnenstrom aus? Wie viele neue Stromleitungen und Pumpspeicherkraftwerke würden nötig? Wie viel Natur und Landschaft müssten wir opfern? Wie viel Strom können wir ohne Schaden für die Wirtschaft einsparen, und welche neuen staatlichen Vorschriften und Abgaben für Unternehmen und Hausbesitzer hätte das zur Folge? Wie wollen wir den Stromverbrauch senken, wenn wir gleichzeitig im Zeichen der Energieeffizienz Wärmepumpen fördern, den öffentlichen Verkehr ausbauen und Elektroautos kaufen?

Solche und zahlreiche weitere Fragen liegen auf dem Tisch. Wer den Ausstieg fordert, muss darauf eine Antwort geben – nicht irgendeine, sondern eine ehrliche. Die Bürgerinnen und Bürger werden diese Antwort einfordern.

Energiediskussion nicht abwürgen

Das Beispiel Deutschland belegt eindrücklich, dass die Umstellung auf erneuerbare Energien auch mit umfangreicher Förderung weder schnell noch kostenneutral zu bewerkstelligen ist. Zehn Jahre nach dem deutschen Aus-



Corina Eichenberger*

stiegsbeschluss und trotz dreistelliger Milliardensubventionen für Wind und Sonne produzieren die deutschen Kohle- und Gaskraftwerke heute mehr Strom als damals. Und seit dem Abschalten der älteren Kernkraftwerke nach dem 11. März muss Deutschland Strom importieren – hauptsächlich aus französischen und tschechischen Kern- und Kohlekraftwerken. Oder schauen wir nach Schweden. Dreissig Jahre nach dem Ausstiegsbeschluss erzeugen die dortigen Kernkraftwerke immer noch gleich viel Strom wie damals, und eine Alternative ist nicht in Sicht.

Absehbar ist, dass wir auch in der Schweiz noch jahrzehntelang Atomstrom produzieren werden. Das ist vernünftig, da unsere Kernkraftwerke laufend nachgerüstet worden sind und höchste Sicherheitsstandards erfüllen. Strom ist der Lebensnerv unserer Wirtschaft, und er ist die Schlüsselenergie der Zukunft. Heute ist Besonnenheit gefragt. Die Diskussion über die Energiezukunft unseres Landes darf nicht mit überhasteten Beschlüssen abgewürgt werden. Nach den Ereignissen in Japan gilt es genauso wie vorher, alle Optionen für unsere Stromversorgung vorurteilslos zu prüfen und dann zu entscheiden.

Ich hoffe, dass die Debatte über unsere Stromzukunft künftig informierter und sachlicher geführt wird als bisher. Es steht viel auf dem Spiel.

*Corina Eichenberger ist Rechtsanwältin und Mitglied des Nationalrats (FDP, Aargau). 2009 wurde sie zur Präsidentin des Nuklearforums Schweiz gewählt. Das Nuklearforum fördert als wissenschaftlich-technische Fachorganisation seit über 50 Jahren die sachgerechte Information über die Kernenergie.